

27.11.2013 – PM 109/2013

Koalitionsvertrag

IG BAU begrüßt erleichterten Rentenzugang

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die von der SPD und der Union getroffenen Vereinbarung, dass langjährig Versicherte nach 45 Beitragsjahren zunächst mit bereits 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können. Der Koalitionsvertrag greift damit eine zentrale Forderung der IG BAU auf, für die die Gewerkschaft sich seit Jahren einsetzt. Vor allem Bauarbeitern droht durch die Rente mit 67 ein Absturz in die Altersarmut. Bereits die Altersgrenze 65 wird nur von wenigen Beschäftigten der Baubranchen erreicht, weil die Berufe körperlich stark belastend sind. Ein Heraufsetzen der Altersgrenze auf 67 bedeutet für sie nichts anderes als eine Rentenkürzung. „Die geplante Regelung beweist, dass gewerkschaftliches Engagement wirkt und Erfolge erzielt. Die Regelung nimmt vielen Bauleuten die Sorge vor dem sozialen Abstieg im Alter. Das ist ein wichtiger Schritt zu einer gerechteren Gesellschaft, gerade weil die Regelung auch Zeiten der Arbeitslosigkeit berücksichtigt“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

Überfällig war aus Sicht der IG BAU zudem die ebenfalls im Koalitionsvertrag geregelte Änderung bei der Erwerbsminderungsrente. Eine Anhebung der Zurechnungszeit von 60 auf 62 hätte bereits mit der Rente 67 erfolgen müssen. „Es ist höchste Zeit, dass diese Verschlechterung wieder korrigiert wird“, sagte Feiger. „Gleichzeitig muss aber auch dafür gesorgt sein, dass die Betroffenen überhaupt die Chance bekommen, als Erwerbsminderungsrentner anerkannt zu werden. Sonst nützen die vereinbarten Regelungen dazu niemanden.“ Derzeit ist der Voraussetzungenkatalog so ausgestaltet, dass Arbeitnehmer oft keinen Zugang zur Erwerbsminderungsrente erhalten, obwohl sie aus gesundheitlichen Gründen ihren Arbeitsplatz verloren haben und keine Chance auf einen neuen haben.

(1812 Zeichen)